

# Volkswacht

**Abonnementpreise:**  
Die neuangelegte, illustrierte, 48 S. Arbeit für Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den Arbeitervereinen, Gewerkschaften, Vereinen, Schulen, etc. abgenommen werden, kostet 1.20 M. Bei Wiederholungen Rabatt.  
Anfertigung müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

**Abonnementpreise:**  
In Dresden durch unsere Filiale: 1.20 M. monatlich, 12.00 M. jährlich.  
Durch die Post bezogen außerhalb Deutschlands kostet 1.40 M. monatlich, 16.80 M. jährlich.  
Verlagsanstalt: Volkswacht-Verlag, Dresden, Neumarkt 12.

**Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen**

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften. Telefon: Redaktion 3405, Expedition 3290.

Ar. 170. Sonnabend, den 26. Juli 1919. 10. Jahrgang

## Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 24. Juli. (B. Z. A.) Die Siemens-Schuckert-Werke teilen mit: Denjenigen Arbeitern der Siemens-Werke, die gestern in passiver Resistenz getreten waren, und die trotz der Aufforderung der Werkleitung auch heute die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, ist die Entlassung mitgeteilt worden. Es handelt sich um ungefähr 10 000 Mann.

Ueber die Ursache der passiven Resistenz liegen Nachrichten noch nicht vor. Es scheint jedoch, als hätte die Massenentlassung bei den Siemens-Werken nur eine Einzelerscheinung dar, die die überaus zugespitzte Situation in der Groß-Berliner Metallindustrie charakterisiert.

Es ist dort bisher zwischen Arbeitern und Industriellen trotz langwierigen Verhandlungen zu keiner Einigung über einen neuen Lohn- und Arbeitsvertrag gekommen. Wenn es im Laufe des heutigen Tages dem Reichsarbeitsminister nicht gelingt, noch eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, so steht das deutsche Wirtschaftsleben vor neuen, schweren Erschütterungen.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist bereits Donnerstag nachmittag durch eine geheime Abstimmung der Streik für den gesamten Siemenskonzern beschlossen und dadurch die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks in Berlin in unmittelbare Nähe gerückt. Der „Vorwärts“ spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen möchte, noch in letzter Stunde zu einer Einigung zu kommen.

Die partiiischen Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Anstellten sind Donnerstag den 24. Juli in den Anstellten abgebrochen worden. Die Anstellten verlangen, nach längerer Zeit, die Anstellten eine endgültige Erklärung der Arbeitgeber, ob diese ihr Mindestmonatslohn von 350 Mark für männliche und von 320 Mark für weibliche Angestellte im Alter von 20 Jahren in den unteren Stellungen bedingungslos aufheben wollten, während diese nur 300 bzw. 207 Mark ausbezahlt werden.

Berlin, 24. Juli. Wie der „Abend“ meldet, hat die Vorstände Maschinenfabrik in Regal den Hammerstreik, die seit längerer Zeit im Streik liegen und hierdurch die Tätigkeit der übrigen Abteilungen verhindern, jetzt gekündigt. Es ist seitens der Firma in Aussicht genommen, das Regalwerk überhaupte zu schließen, wenn die Arbeiter weitere Schwierigkeiten machen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine gedeihliche Arbeit unmöglich ist.

### Ein Skandal.

Nach dem „Vorwärts“ rückte am Mittwoch vormittag die bisher bei Hüttenwerk untergeordnete Eisenbahn-Eisenbahn, die zum Garde-Kavallerie-Regiment gehört und nun in die Reichswehr übernommen werden wird, in Berlin ein. Sie zog mit mehreren schwarz-weiß-roten Fahnen in die Moabit-Kaserne. Von dort wurde ein Ungeheuer angekreut. Der Rittmeister Graf v. Haffewitz beschloß dem „Kriegsminister“ am Dismarck-Denkmal „Beil für im Siegerkranz“ zu spielen, und auf die Einwendungen des Rittmeisters erklärte der Kriegsminister: „Wenn sich da einer rückt, wird er so auf die Schanze geschlagen, daß er nicht mehr aufsteht.“ Der Ungeheuer wurde angetreten. Einige Säppler und Kriminalbeamte gingen mit und hielten die Straße am Dismarck-Denkmal für die Defilierung, die tatsächlich unter den Klängen von „Beil für im Siegerkranz“ erfolgte, ab.

Höher gehts nimmer! Nachdem sich die Militärscher Schule bisher damit begnügten, den Grenzschutz zu gelegentlichen monarchischen Demonstrationen zu mißbrauchen, geht man jetzt dazu über, die Republik im Innern ihrer Hauptstadt offen zu verhöhnen. Will die Regierung nicht zum Geißel der Welt werden, so muß sie alles tun, um derartige Unverschämtheiten für die Zukunft unmöglich zu machen!

### Schrittmacher der Reaktion.

Eine treffende Beurteilung des heutigen Streikbewegungen gibt das dänische Arbeiterblatt „Sozialdemokraten“, das sich im Besonderen gegen den Michrath zu politischen Zwecken wendet und die Gefahren eindringlich beleuchtet, die in der zweifelhafte Wirkung dieses Kampfmittels für die Arbeiterklasse liegen. Ein großes Beispiel dafür bilden die in letzter Zeit in Deutschland so häufigen „Sonntagsstreiks“, deren unmittelbare Folge eine Verschlechterung der Ernährungsfrage gerade der unbemittelten Bevölkerung sei. Der Streik sei lediglich das geistliche und berechtigste Mittel zur Erzielung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auf politischem Gebiete sei er allenfalls noch zur Erreichung politischer Bürgerrechte zuzulassen; darüber hinaus sei er auf politischem Gebiete ein Hebel, dessen Rückschlag bei jedem Ansetzen werden. Der rein politische Streik ist nichts weiter als ein Schrittmacher der Reaktion.

### Erfolge in Schweden.

Aus Kopenhagen wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Die gegenwärtigen Wahlen der ersten schwedischen Kammer, dem bisherigen Volkswahlrecht, dem reaktionären Wahlrecht, welches einen erheblichen Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratie aufwies, wonach sie die stärkste Partei des Oberhauses wird. Von den 150 Mandaten sind bereits 110 besetzt. Davon verfügt die Sozialdemokratie über vierzig, das heißt über 26 mehr als bisher. Danach kommen die Liberalen mit 30 Sitzen, welche ihrerseits 4 Sitze verloren. Dagegen erhielt die Rechte, welche bisher in der ersten Kammer dominierte, nur 31 Vertreter und verlor bereits 37 Sitze. Der bisherige einzige linkssozialistische Strömung in Stockholm durch, dafür wurden drei neue linkssozialistische gewählt. Die Sozialdemokraten werden nunmehr, wie bereits in der zweiten Kammer, mit den Liberalen zusammen auch in der ersten über die Mehrheit verfügen.

### Der Streik in England.

Aus Lugano meldet das B. Z.: Wie italienischen Blättern aus London gemeldet wird, hat der Verband der Bergarbeiter von Yorkshire auf die Entlassung von Matrosen für die Inbetriebnahme der Bergwerke damit geantwortet, daß er auch noch der Maschinen und Seiler mit in den Streik einbezieht. Außer der Ueberflutungsgefahr wird dadurch die Gefahr der Explosion in den Kohlengruben erheblich erhöht. Die Zahl der ausständigen Kohlenarbeiter beträgt 300 000 Mann. Durch den Kohlenmangel werden außerdem Ende der Woche über 200 000 Industriearbeiter erwerbslos werden. Die Lage ist so ernst, daß die Regierung die sofortige Einschränkung der Gas-, Wasser- und Stromabgabe angedroht hat und im ganzen Lande zur größten Sparsamkeit im Kohlengebrauch ermahnt.

Amsterdam, 24. Juli. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Durch den Kohlenmangel wird die Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und des Betriebs der Untergrundbahnen nötig, außerdem hat der Kohlenkontrollleur den Händlern eine Verordnung ausgeben lassen, die bestimmt, daß eine Familie nicht mehr als zwei Zentner Kohlen erhalten darf.

London, 24. Juli. Unterhaus. Bonar Law teilte mit: Die augenblickliche Lage in den Kohlenbergwerken sei folgende: Sechs Kohlenbecken sind verfallen, sechzehn Schächte in Gefahr zu versinken. Der Streik hat sich auf Derbyshire ausgedehnt und in zwei Schichten wurden die Pumparbeiten eingestellt, dadurch befinden sich die Schächte in Gefahr.

### Aus dem Räteparadies.

Aus Budapest wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Eine Verordnung des Volkswirtschaftsrats der ungarischen Räteregierung bestimmt als Strafe für Arbeiter, welche die Arbeitsdisziplin verletzen oder den Betrieb schädigen oder ihrer Dienstpflicht schuldig nachkommen oder sonst den Betrieb vorläufig erschweren, öffentliche Rüge, Verweisung in einen anderen Betrieb, Herabsetzung des Arbeitslohnes entsprechend der tatsächlichen Arbeitsleistung, sofortige Entlassung, zeitweilige Ausweisung aus jedem sozialistischen Betriebe und Ausschluß aus der Gewerkschaft selbst. In Fällen schwerer Disziplinverletzung können auch nichtsozialistische Betriebe Arbeiter ohne Kündigung entlassen.

### Wenn sie unter sich sind.

Von kommunistisch-unabhängigen Bruderkrieg. In der Sonnabend-Vollversammlung der linksradikalen Arbeiterräte Groß-Berlins kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Unabhängigen. Die Kommunisten wollten wiederum auch die Sozialerziehung am Montag stilllegen. Richard Müller stellte fest, daß als er beim letzten Streik die Gas- und Wasserwerke ausnehmen wollte, er bei der äußersten Linken den größten Widerstand gefunden habe. Aber am nächsten Tage verlangten die linksradikalen Arbeitslosenräte, er solle dafür sorgen, daß ihnen die Arbeitslosenunterstützung an diesem Tage ausbezahlt werde. Als neulich in der Vollversammlung der Reichsregierung, die in den Führern der kommunistischen, waren es führende Leute der Kommunisten. Sie sofort nach Schluß der Versammlung solche werden in der Werke betriebe. Richard Müller und seine Freunde haben aber nichts getan, um andere Arbeitervertreter gegen infame Beschuldigungen dieser Parteien zu schützen. Es ist noch nicht klar, welchen Umfang der von den Unabhängigen und Kommunisten proklamierter Generalstreik am Montag annehmen wird. Die Straßenbahndirektion hat

den Angestellten vorgeschlagen, den Verkehr auf eine Stunde zu unterbrechen, wodurch der definitive Zweck genügend zum Ausdruck gebracht würde.

Die Vollversammlung der sozialdemokratischen und demokratischen Räte erklärte sich gegen den Streik, der ja in der Tat um so angloher ist, als der Streik in den Entente-Ländern nicht in erster Linie gegen die Intervention in Rußland richtet und erst dann gegen den Versailles-Frieden. Ein Straßenbahnrat teilte mit, daß der Aufruf zum Generalstreik der Verkehrsunternehmen eine Schiebung hinter dem Rücken der zuständigen Vertretung ist. Diese hätte sich auf dem Standpunkt der Berliner Gewerkschaftskommission gestellt, wonach an der Demonstration teilgenommen wird, ohne daß aber von einem Streik die Rede ist. Die Vollversammlung ersuchte die dienhabenden Verkehrsangehörigen, am Montag ihre Arbeit durchzuführen. Eine Erklärung der sozialdemokratischen und demokratischen Räte sagt, daß das demagogische Treiben in der Vollversammlung den Rätegedanken diskreditiert und die Arbeiter teilnahmslos gemacht habe. Unter Verzicht auf unerfüllbare politische Ziele wollen diese Räte sachlich für die Bewirtlichung des Rätegedankens und den Wiederaufbau des deutschen und des Groß-Berliner Wirtschaftslebens arbeiten.

### Politisches.

Zwischenfall in Nordschleswig. Am 23. Juli landeten in Sonderburg etwa 1500 dänische Pfadfinder unter der Führung von Offizieren. Sie wurden durch den Sonderburger Redakteur Graus durch eine Rede empfangen, in der er heftige Ausfälle gegen die Deutschen und Hochrufe auf das größere Dänemark verband. Unter seiner Führung veranstalteten die Pfadfinder einen Demonstrationsszug durch die Stadt. Durch das Verhalten Graus' gereizt, zog abends ein Zug Deutscher in das dänische Versammlungshaus und verlangte die Auslieferung Graus', aber ohne Erfolg. Dieser verarmte heute morgen die dänische Bevölkerung auf dem Markt und veranlaßte die Menge zum Beschluß der Entsendung einer Kommission nach Kopenhagen, die die Entente zur sofortigen Befreiung Nordschleswig zur Sicherheit der angeblich schutzbedürftigen Bevölkerung zu suchen solle.

Englisches Friedensangebot 1917. Die verschiedenen Blätter aus Weimar mitgeteilt wird, beabsichtige Erzbischof in der Nationalversammlung wichtige Mitteilungen aus dem Sommer 1917 zu verlesen zu bringen, aus denen hervorgehe, daß ein englisches Friedensangebot durch die damalige Regierung nicht als fähig behandelt worden sei. Der päpstliche Nuntius in München hatte sich in einem Schreiben an die Regierung gewandt, worin er erklärte, die englische Regierung habe durch den englischen Vorkämpfer in Rom den päpstlichen Stuhl gebeten, in Deutschland anzufragen, wie dieses über die belgische Frage

## Wirtschaftsfragen in der Nationalversammlung.

Weimar, 24. Juli. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35. Das Haus tritt in die Beratung der Interpellation Arnstadt (Dt.-nal.) und Heine (Dt.-Vp.) und Gen. über die Finanzwirtschaft ein. Zur Begründung der Interpellation sagt der Abg. Wittig (Dt.-Vp.): Wir verlangen die sofortige Befreiung der Augenhandelsstellen. Der freie Handel ist ein gut funktionierender Regulator der Preisverhältnisse. Er wird den Preisverhältnissen verhindern und unsere Wäute heben. Er ist die Befreiung der Devisenordnung. Räte sind Zwangsbestimmungen nur noch für Brot und Mehl, Aufhebung aller Krieg- und Zwangsangelegenheiten, Sozialisierung mit Maß, Schutz den Auslandsdeutschen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Eine vollkommen freieheit des Handels und des Verkehrs ist heute unmöglich. Soweit das Gesamtinteresse es erfordern würde, sollen die Ausfuhr unbeschränkt zu gehalten, erst bei der gegenwärtigen Preislage und dem Stande der Wäute nicht an. Ramentlich dürfen keine Rohstoffe ausgeführt werden, für die im eigenen Lande ein ausserordentlicher Bedarf vorhanden ist. Dagegen wollen wir die Ausfuhr von Luxusartikeln und solchen, die wir im Lande einheben können, über deren Rohstoffe wir im Lande haben, nach Möglichkeit fördern. Auch die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle. Ganz frei kann die Einfuhr für Fertigfabrikate nicht werden; denn deren Konkurrenz würde unsere eigene Industrie mit ihrem Leben gefährden. Das Interesse der Industrie ist gegen übermäßig schwere Konkurrenz zu wahren, aber wir brauchen auch dringend die Einfuhr von Kleiderstoffen. Der Bedarf hierin ist enorm und unabweisbar. Ebenso wichtig ist es, unserer Textilindustrie die nötigen Rohstoffe zuzuführen. In gewisser Weise kann auch der Kartellgedanke der sich bisher in freier Organisation entwickelt hat, von der Regierung aufgenommen werden.

Denke, um vielleicht auf diesem Wege zu einem baldigen Frieden zu kommen. Deutschland solle mitteilen, welche Entschädigungen es Belgien zu bewilligen bereit sei, und welche Garantien Deutschland beanspruche.

Das Finanzabkommen. Wie gemeldet wird, ist von Herrn Nordberg in New York an die Deutsche Bank eine Offerte bezüglich eines deutsch-amerikanischen Kreditgeschäftes gelangt. Herr Nordberg, der in Berliner Finanzkreisen als ein ernstlicher Mann gilt, hat aber diese Verhandlungen nicht im Auftrage der Deutschen Bank geführt, sondern von sich aus ein Angebot gemacht, ohne vorläufig seine amerikanischen Kontingenten zu nennen. Das angelegte Geschäft steht also nicht, wie die Meldung des Holländischen Neuwirtschaftsbüros vermuten lassen konnte, vor dem Abschluß, sondern in den ersten Anfängen.

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit England. Reuter teilt mit, daß der britische Vorkämpfer- und Konsulatsdienst in Deutschland in allerzürstester Zeit wiederhergestellt wird. Deutschland würde sich über vorläufige mit einem Geschäftsträger begnügen.

Die Abhängigkeit unserer Gefangenen. Reuter meldet: Die Aufhebung der Blockade, die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland wird von liberaler Seite aufrecht begrüßt. Die liberale Presse tritt für beschränkte Rückführung der deutschen Gefangenen ein, während im Unterhaus von Regierungsseite erklärt wird, daß man die in der englischen Landwirtschaft beschäftigten Gefangenen augenblicklich noch nicht entlassen kann.

Vom Völkerbund. Barnes teilte im englischen Unterhaus mit, daß man bereit sei, Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund aufzunehmen, und daß der Vierzerrat zugestimmt habe, daß vor Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auch deutsche Vertreter zur Konferenz, in Washington eingeladen werden.

Stimmen aus dem Ausland. Reuter teilt mit, daß Frankreich weder in Rußland noch in Ungarn zu intervenieren beabsichtigt.

Schwarze Besatzung. Von der französischen Militärbehörde werden für die künftige Besatzung der Rheinlande, der Pfalz und des Rheins-Bridenklopfes in ausgedehnterem Maße als bisher schwarze Kolonialtruppen herangezogen.

Ein Dementi. Nach einer Meldung des ungar. Zeitschrifters, richtete die Zeitung an Bela Kun einen Einspruch, in dem die von dem ungarischen Pressebureau verbreitete Nachricht, Lenin habe der rumänischen Regierung den Frieden angeboten und Besatzungen Rumänien überlassen, als schändliche Lüge bezeichnet wird. Lenin erklärte, daß die besatzungsbefreiende Sowjetregierung mit der Moskauer Sowjetregierung aufs engste verbunden sei und die Sowjets Rumänien ihre Freiheit baldigst erobern werden.

Uniere wichtige Aufgabe bleibt die Steigerung der Kohlenproduktion. Bei ihrem jetzigen Stande ist es einseitig unmöglich, der Industrie eine freie Energiezufuhr zu verbürgen. Die Arbeiter sind jedoch wesentlich der schmerzlichen Verantwortung bewußt, wenn sie hier die Arbeit vorweigern. Die zweite wichtige Aufgabe heißt: Neuordnung des Güterverkehrs. Bei einem fortgesetzten Streik und Unruhen gehörten Betriebe in sie aber unmöglich. Wir brauchen da ein härteres Gefühl des Pflichtbewußtseins, und die Eisenbahner sollen heute im Besitz der Freiheit daran denken, daß sie keinen Mißbrauch damit treiben dürfen.

Die Produktion muß gesteigert werden unter Ausnutzung der höchsten Leistungsfähigkeit der landlichen Arbeitskräfte. Das landliche Privatinteresse ist nicht ganz zu übersehen, sondern mit dem Interesse der Gesamtheit in einer sachlichen Verwaltung zu verbinden. Der Nutzen der Unternehmung soll der Allgemeinheit zugewandt werden. Das erkennt die Arbeiterklasse ausdrücklich an. Die richtige Lösung kommt der Nation in allen ihren Teilen zugute. (Beifall.)

Es folgen die Interpellationen Dr. Heine und Gen. (Dt. Vp.) und Arnstadt (Dt.-nal.) betreffend Landarbeiterstreik. Zur Begründung erklärt Abg. Dinske (Dt. Vp.): Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beigegeben, aber er kann jeden Tag wieder neu ausbrechen. Angesichts der ungeheuren Gefahr hätte die Regierung die Pflicht, endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermisst haben.

Abg. Behrens (Dt.-nal.): Wir verlangen von der Regierung Ermäßigung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Rente für die Arbeit zu zahlen, und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens.

Reichsarbeitsminister Schlicht: Wer trägt denn die Schuld daran, wenn die Landarbeiter sich ungeduldrig verhalten, wenn solche vorhanden sind, zugängliche zeigen? Das sind diejenigen, die in früheren Jahren es verstanden

... dass der Landarbeiter sich gewerkschaftlich...  
 ... dass der Landarbeiter sich gewerkschaftlich...  
 ... dass der Landarbeiter sich gewerkschaftlich...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

... am Fenster nicht geöffnet, sondern im Gegen...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 Heute vormittag wird die Vernehmung der...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

... gestiegen nicht wieder als einen der Reuring ge...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

... Angeklagte Frise habe sich alle erdentliche Mühe...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Mordprozess Reuring.**  
 Dresden, 21. Juli.  
 In der Nachmittagsverhandlung wurde das Pro...

**Die August-Beziehungen**  
 müssen die Bekleidung sofort erneuern, damit keine Unterbrechung eintritt.  
 Wir bitten höflich, Freunden und Bekannten unsere Zeitung zu empfehlen.

**1. Gewerkschaftstongreß**  
 im neuen Staatsgebiet Polen!  
 Am Sonntag, den 20. Juli, fand der erste Gewerkschaftstongreß für das an Polen abzutrennende Gebiet Polen, Westpreußen, Ober-

**Germinal.**  
 Roman von Emile Zola.  
 (Fortsetzung)  
 Als er an Madame Gregoire zurückkehrte...



